

VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

FEBRUAR 2019

D



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

An

LIE

WIR

EUROPA HEISST UNSERE ANTWORT

ERSTER TEIL DES HESSENGIPFELS BESCHÄFTIGT SICH MIT EUROPAWAHL IM MAI

EsWir müssen deutlich machen, dass Europa mehr ist als nur Brüssel. Dass Europa nicht ganz weit weg passiert, sondern jeden Tag von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern gelebt wird“, waren die ersten Worte der nordhessischen Europaabgeordneten Martina Werner am Freitagabend beim Hessengipfel. Im nordhessischen Friedewald trafen sich am 8. und 9. Februar die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten der hessischen SPD sowie sozialdemokratische Landräte und Oberbürgermeister zur traditionellen Jahe-saufaktklausur, dem 10. Hessengipfel.

Auch Michael Roth, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, unterstrich in seinem Redebeitrag die Bedeutung der anstehenden Europawahlen am 26. Mai dieses Jahres. „Wir müssen die richtigen Antworten finden, in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich in Europa immer weiter auseinandergeht. Und das kann nur gelingen, wenn wir diejenigen nicht alleine lassen, die als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker direkt mit solchen Problemen konfrontiert werden. Wir müssen uns auf die Seite der Schwächeren stellen und dürfen keine Kampagnen der Angst

führen. Aus meiner Sicht ist das eine der großen Bewährungsproben des anstehenden Wahlkampfes“, sagte Roth. „Wir haben nur eine Chance, wenn wir versuchen die Herzen der Menschen zu berühren.“ Und: „Gemeinsam können wir gewinnen, gespalten nie“, unterstrich der Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europaparlament, Dr. Udo Bullmann. In seiner Rede umriss er die wichtigsten sozialdemokratischen Anliegen in Hinblick auf den Wahltag im Mai. „Kein Risiko mit dem Frieden in Europa, das ist unser Leitmotiv“, erklärte er. Die diesjährige Europawahl steht unter besonderen Vorzeichen: Nach derzeitigem Stand wird die EU nur noch aus 27 Mitgliedstaaten bestehen, weil Großbritannien acht Wochen vorher aus der EU austreten wird. Darüberhinaus steht zu befürchten, dass sich die Wahlerfolge EU-skeptischer und rechtspopulistischer Parteien auf europäischer Ebene fortsetzen. Unter dem Titel „Europa vor der Zeitenwende – ein starkes Europa braucht eine starke SPD“ beschreiben die Sozialdemokraten deshalb in einer Resolution zur Europawahl ihre Perspektive für die Erneuerung des europäischen Gedankens und eine Weiterentwicklung der Europäischen Union. ■



FOTO: P

Th. Schäfer-Gümbel

L

Pers

EIN NEUER SOZIALSTAAT

HUBERTUS HEIL AUF DEM HESSENGIPFEL IN FRIEDEWALD

Es sind die ersten offensichtlichen und inhaltlichen Ergebnisse des angestoßenen Erneuerungsprozesses der SPD, die man seit Anfang Februar in der Presse verfolgen kann: der Vorstoß zum Thema Grundrente und ein Konzept für einen neuen Sozialstaat. Darum ging es auch am zweiten Tag der politischen Jahresauftaktklausur der hessischen SPD in Friedewald. Zu Gast war Arbeitsminister Hubertus Heil, der gleich zu Beginn erklärte: „Wir haben mit dem Umbau des Sozialstaates schon begonnen.“ Schon mit dem sogenannten Qualifizierungs-Chancen-Gesetz, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, sei ein erster Grundstein gelegt worden. Das Gesetz erlaubt es, mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit die Weiterbildung in kleinen und mittelständigen Unternehmen zu unterstützen. Nun müssten die Menschen auch beim Thema Rente zu ihrem Recht kommen, findet Heil. Hier müsse man unter anderem auch kleinere Freibeträge in der Grundsicherung zulassen. Sein Credo: Nicht bei großen Aufgaben halbe Lösungen machen. „Lasst euch nicht einreden, dass die Grundren-



BU
BU



BU
BU

te nicht finanzierbar ist, denn das ist sie. Und: Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich wechselseitig“, erklärte er den Gästen des Hessengipfels.

Neben dem Rentenkonzept, das bereits im Koalitionsvertrag angelegt war, legt die SPD außerdem ein Konzept für einen neuen Sozialstaat, welches die Lebensleistung von Bürgerinnen und Bürgern anerkennen und in den Mittelpunkt stellen soll, vor. „Was Andrea Nahles vorschlägt, ist klug, gerecht und solide finanzierbar. Das erklärte Ziel der SPD ist es, die Menschen, die in schwierigen Phasen ihres Lebens auf Unterstützung angewiesen sind, aus der Rolle der Bittsteller herauszuholen. Wenn der Staat Hilfe anbietet, dann

muss das auf Augenhöhe mit jenen geschehen, die diese Hilfe benötigen“, freut sich auch der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel über den Vorstoß seiner Partei. Niemand könne ein Sozialsystem für die Ewigkeit schaffen. Deshalb müssten die staatlichen Unterstützungsangebote angepasst werden, wenn sich die Arbeitswelt ändert. „Die SPD ist die erste – und im Moment auch die einzige – Partei, die realistische Vorschläge für eine Transformation des bestehenden Sozialsystems vorlegt. Die Schwachstellen dessen, was als Hartz IV bekannt ist, können damit beseitigt werden. Und es ist das große Verdienst von Andrea Nahles, dass sie dabei die treibende Kraft ist“, erklärte Schäfer-Gümbel. ■

E
M_i„Da.. ■

EIN STARKES EUROPA BRAUCHT EINE STARKE SPD

UNSERE FÜNF ANTWORTEN FÜR EIN SOZIALES UND STARKES EUROPA

1. Eine faire Wirtschaft im Dienste der Menschen

Wir haben das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchgesetzt. Wir haben Nullstundenverträge verboten, unter denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur auf Abruf arbeiten können. Zu sozialen Rechten wie Elternzeit, und Arbeitsbefreiung für pflegende Angehörige haben wir gemeinsame soziale Positionen in der Europäischen Union erarbeitet.

Aber es ist noch viel zu tun: Wir wollen einen europaweiten Mindestlohn, wir wollen mehr EU-Geld für die Weiterqualifikation von Globalisierungsverlierern und wir wollen europäische Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit.

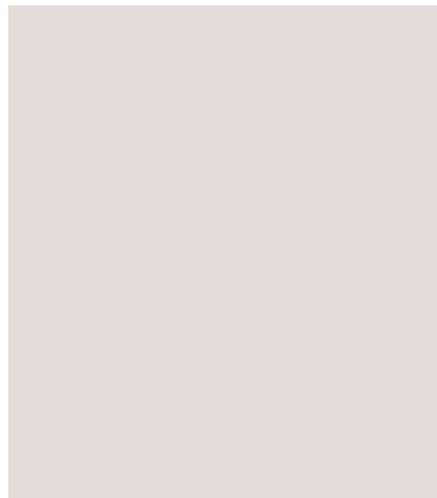
2. Kein Platz für Antidemokraten in der EU

Wir haben die aktuellen Regierungen Polens und Ungarns wegen ihres erbärmlichen antidemokratischen Verhaltens wiederholt angeprangert und die Verurteilung ihrer Aktionen durch das Europäische Parlament angestoßen.

Wir wollen die Demokratie in Europa konsequent gegen innere Feinde verteidigen: Wer Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat verletzt, dem sollte EU-Geld gekürzt werden. Im EU-Haushalt wollen wir einen Fonds für europäische Grundwerte einrichten, um Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort zu unterstützen, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen.

3. Besteuerung gerecht angehen

Wir fordern fünf konkrete Sofortmaßnahmen, um Steuervermeidung und -flucht kurzfristig zu bekämpfen: (1.) Ei-

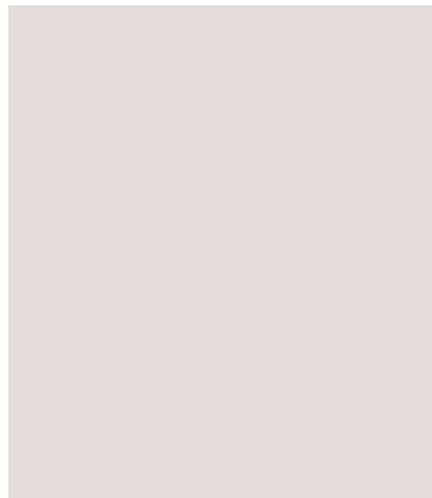


BU
BU
BU

nen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmensgewinne von 18 Prozent, (2.) eine Bestandsaufnahme der Steuerausfälle durch Steuervermeidung und Steuervergünstigungen in der EU, (3.) die Abschaffung von Steuerschlupflöchern, (4.) eine Einschränkung der Einstimmigkeitsregeln bei Steuerfragen, damit nicht mehr einzelne Regierungen Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit blockieren können sowie (5.) eine Liste aller sog. Steuerparadiese, um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können.

4. Klimaschutz und Arbeitsplätze zusammenbringen

Wir unterstützen das Pariser Klimaabkommen uneingeschränkt und haben den gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft vorangetrieben. Gleichzeitig müssen wir solidarisch mit denjenigen sein, deren Jobs durch die Umstrukturierung der Energie-



BU
BU
BU

wirtschaft in Gefahr sind. Das bedeutet Struktur- und Modernisierungshilfen etwa für Kohleregionen – aber auch Unterstützung für energieintensive Betriebe bei uns in Hessen, die auf dem Weltmarkt bestehen müssen.

5. Ein starkes Hessen in einem starken Europa

Wir sind der europäische Finanzplatz mit der EZB in Frankfurt, wir sind der europäische Verkehrsknotenpunkt, in Hessen laufen die digitalen, logistischen und wirtschaftlichen Wege Europas zusammen. Mit Dr. Udo Bullmann, Martina Werner und Vivien Costanzo sendet die hessische SPD drei Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen, die die Vielfalt unseres Bundeslandes kennen und abbilden. Sie treten an, um die Interessen aller Menschen in Hessen in Brüssel zu vertreten und brennen gleichzeitig für die europäische Idee. ■

WIR
GRATULIEREN

Edgar Paul,
dem wiedergewählten
Bürgermeister
von Nieste.

Direktwahlen

17.03.2019

Anke Paul
möchte
Bürgermeisterin
von Alsbach-
Hähnlein
werden.

24.03.2019

**Bernhard
Köppler**
stellt sich zur
Wahl als
Bürgermeister
in Hofheim.

**Heinz-Peter
Becker**
stellt sich zur
Wiederwahl als
Bürgermeister
von Mörfelden-
Walldorf.

Moritz Kletzka
möchte
Bürgermeister
in Steinbach
(Taunus) werden.

ERFAHRUNGEN UND NEUE IMPULSE

ORGANISATIONSREFORM DER HESSISCHEN SPD

Die Partei, Mitglieder und Funktionäre sind noch müde. Und leider wurde unsere Arbeit der vergangenen Jahre noch nicht einmal belohnt“, beschrieb Thorsten Schäfer-Gümbel den aktuellen Zustand der hessischen Sozialdemokratie. Aber wie geht es weiter? Die Partei müsse sich von einer Partei des sozialen Ausgleichs hin zu einer Partei des sozial-ökologischen Ausgleichs entwickeln. „Da müssen wir an einigen Stellen nachliefern. Neben Erfahrung braucht es dafür vor allem neue Impulse“, erklärte der Landes-

chef. Der Partei wird bereits seit längerem ein Verlust an Organisationskompetenz und -kraft attestiert. Deshalb startete bereits im Dezember vergangenen Jahres das Projekt der Organisationsreform der hessischen SPD hatte. Ein erster Projektstatusbericht erfolgte auf dem internen Teil des Hessengipfels im Anfang Februar. Aber worum geht es eigentlich? Neben einer Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes soll die eigens dafür eingesetzte Projektgruppe ergebnisoffen verschiedene Szenarien zur Optimierung von Strukturen, Prozessen

und Abläufen von Gliederungen der hessischen Sozialdemokratie entwickeln. Dazu haben wurden sechs einzelne Arbeitsgruppen eingesetzt. Diese beschäftigen sich unter anderem mit dem Thema Finanzen, politische Bildung, Personalentwicklung, Schnittstellen zwischen Haupt- und Ehrenamt, Organisationsverbesserungen, Kommunikation und Mitgliederpflege. Ende April soll es einen ersten Zwischenbericht geben, der Projektbericht soll im Juni folgen. Ein straffer Zeitplan für eine große und bedeutungsvolle Agenda. ■

EINBERUFUNG UND FRISTENPLAN ORDENTLICHER SPD-LANDESPARTEITAG

**SAMSTAG, 2. NOVEMBER 2019,
BEGINN: 10.00 UHR
IN DER STADTHALLE BAUNATAL,
MARKTPLATZ 14, 34225 BAUNATAL**

Der SPD-Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 08.02.2019 in Friedewald nach § 4 (4) der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen die Einberufung eines ordentlichen Landesparteitags beschlossen.

Antragsschluss für Anträge gemäß § 4 (6) unserer Satzung (inkl. satzungsändernder Anträge) ist der 20.09.2019.

Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden den gewählten und den beratenden Delegierten bis zum 11.10.2019 zur Kenntnis gegeben.

Antragsberechtigt sind gemäß § 4 (5) unserer Satzung die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand und die Bezirks- und Landeskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften.

Personalvorschläge sind gemäß § 4 (5) unserer Satzung für die Wahl des Landesvorstands können gemacht werden

- von den Ortsvereinen, den Unterbezirken und den Bezirken,
- vom Landesvorstand und den Bezirksvorständen,
- von jedem stimmberechtigten Delegierten.

Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen:

TOP 1. Konstituierung des Parteitags

TOP 2. Grußworte

TOP 3. Berichte des Landesvorstands

- a. des Landesvorsitzenden und der Generalsekretärin
- b. des Schatzmeisters
- c. der Revisorinnen und Revisoren

TOP 4. Beschlussfassung über die Berichte und Entlastung des Vorstands in Finanzangelegenheiten

TOP 5. Bericht der Landtagsfraktion

TOP 6. Wahl des Landesvorstands

- a. Wahl der/des Landesvorsitzenden,
- b. Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden,
- c. Wahl der Generalsekretärin/des Generalsekretärs,
- d. Wahl der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters
- e. Wahl der 14 Beisitzerinnen und Beisitzer
- f. Wahl der Revisoren

TOP 7. Beratung und Beschlussfassung von satzungsändernden Anträgen

TOP 8. Beratung und Beschlussfassung von sonstigen Anträgen

TOP 9. Schlusswort

Ende des Parteitags gegen 17.30 Uhr

FRAUENRECHTE MÜSSEN AUF DER AGENDA BLEIBEN

FRAUENTAG AM 8. MÄRZ

Am 8. März ist Frauentag. Man könnte sagen, jeder Tag ist ein Frauentag. Denn jeder Tag sollte ein Tag sein, an dem Frauen mehr zu ihrem Recht kommen. Denn die Realität zeigt, dass dies noch nicht der Fall ist. Immer mehr Frauen sind berufstätig, unter Rahmenbedingungen, die allzu oft verbesserungswürdig sind: ob zu niedrige Löhne, unfreiwillige Teilzeit oder Befristung. Und: Im Jahr 2019 blicken wir auf 100 Jahre Frauenwahlrecht zurück und doch ist das deutsche Parlament so männlich wie seit zwanzig Jahren nicht. Nur ein Drittel der Abgeordneten sind Frauen. Gerade jetzt also muss die Gleichstellung der Geschlechter in Wirtschaft und Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf der Agenda bleiben.

Im diesem Jahr, dem Jahr der Europawahl, steht der Frauentag zudem unter europäischen Flagge. „Uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am öffentlichen Leben ist ein wesentliches Ziel europäischer Politik“, betont Lisa Gnadt als frauenpolitische Sprecherin. Das Europäische Parlament sei ein starkes Sprachrohr, wenn es um die Gleichstellung der Geschlechter gehe. ■



**„Gleichberechtigung stärken heißt
Zusammenhalt stärken –
in Deutschland und Europa!“**

**12. März 2019, 19 Uhr, Hessischer
Landtag, Eingangshalle
(Eingang Grabenstraße)**

**Veranstaltung zum internationalen
Frauentag mit Sawsan Chebli, Bevoll-
mächtigte des Landes Berlin beim
Bund und Staatssekretärin
für Bürgerschaftliches Engagement
und Internationales, Thorsten
Schäfer-Gümbel MdL, stv. Vorsitzen-
der der SPD sowie Fraktions- und
Landesvorsitzender der SPD Hessen
und Lisa Gnadt MdL, stv. Fraktions-
vorsitzende**

SCHLUSS MIT STRASSENBAU-BAUBEITRÄGEN

Die SPD-Landtagsfraktion hält Wort und hat erneut einen Gesetzentwurf zur vollständigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den Landtag eingebracht. Der Parlamentarische Geschäftsführer, Günter Rudolph, bekräftigte den Willen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. „Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir zwei Mal einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Die Mehrheit von CDU und GRÜNEN hat jedoch bereits nach der ersten Lesung ohne jegliche parlamentarische Beratung die Entwürfe abgelehnt. Mittlerweile gibt es über 60 Bürgerinitiativen in Hessen, die sich neben den vielen betroffenen Bürgern für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen einsetzen. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird zu einer immer größeren Belastung für viele Bürgerinnen und Bürger, die einige 10.000 Euro betragen können. In den nächsten Jahren wird der Druck auf die Kommunen Straßenausbaubeiträge zu



Günter Rudolph, MdL

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID



FOTO: WWW.SHUTTERSTOCK.COM – ZACH SAVINAR

erheben, wenn sie keinen finanziellen Ausgleich dafür bekommen, immer größer“, so Rudolph. Wenn Abgeordnete von CDU und GRÜNEN erklärten, dass „die Lösung zu Straßenausbaubeiträgen gut sei“ und die Kommunen vor Ort freiwillig entscheiden könnten, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht, so sei das Ignoranz der politischen Realität und blanker Zynismus. „Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht die Zahlung einer Investitionspauschale an die hessischen Städte und Gemeinden in Höhe von 60 Millionen Euro vor. Dieses Geld muss

für die Sanierung von Straßen verwandt werden. In vielen Kommunen herrscht Unfrieden, dass diejenigen, die an einer Durchfahrtsstraße liegen in aller Regel nichts oder wenig bezahlen müssen, während Anlieger an kommunalen Gemeindestraßen mit bis zu 75 Prozent der Kosten zur Sanierung herangezogen werden“, so der Parlamentarische Geschäftsführer. Dass die Protestwelle vieler Bürgerinnen und Bürger und der Bürgerinitiativen in den letzten Monaten weitergehe, sei der Beleg dafür, dass hier weiterer Handlungsbedarf bestehe. ■

AUFKLÄRUNG VORANTREIBEN – GENERALVERDACHT VERHINDERN

Angesichts der Vorwürfe gegen Beamte der hessischen Polizei, die sich rechtsextremem Umtriebschuldig gemacht haben sollen, forderte die innenpolitische Sprecherin, Nancy Faeser, von Innenminister Beuth eine rückhaltlose Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe und kritisierte zugleich dessen mangelhafte Kommunikation als Teil des Problems. „Inzwischen sprechen selbst konservative Zeitungen vom größten Polizeiskandal seit vielen Jahren. Das macht deutlich, dass die hessische Polizei

unter ausgesprochen kritischer Beobachtung steht. Das wichtigste Kapital der hessischen Polizei – das Vertrauen der Menschen – droht dabei Schaden zu nehmen, weil das Innenministerium nicht imstande ist, in dieser Angelegenheit transparent zu kommunizieren. Stattdessen lässt der Innenminister zu, dass scheinbarweise Informationen zu einem Generalverdacht gegen die hessische Polizei aufgebaut werden können. Das ist das Gegenteil von verantwortungsvollem Handeln“, so die SPD-Landtagsabgeordnete. Besonders kritikwürdig sei, dass Parlament und Öffentlichkeit vom Innenminister erst mit großer Verzögerung über das erste Drohschreiben gegen eine Frankfurter Anwältin unterrichtet worden seien, das mit „NSU 2.0“ unterzeichnet war. Spätestens seit dem 6. August habe der Innenminister über dieses Drohschreiben Bescheid gewusst. Aber

er hielt es nicht für nötig, über diesen Vorfall zu informieren. Entweder, ihm sei trotz der Unterschrift ‚NSU 2.0‘ nicht klar gewesen, dass hier ein Vorgang von erheblicher Bedeutung vorlag – oder er habe versucht, die Angelegenheit nicht vor der Landtagswahl öffentlich werden zu lassen. Auch danach habe der Innenminister das Parlament über neue Entwicklungen immer erst dann informiert, wenn die entsprechenden Informationen – ob zutreffend oder nicht – über die Medien öffentlich geworden seien. „Ich verstehe ja, dass man aus ermittlungstaktischen Gründen nicht jede Woche eine Pressekonferenz abhalten kann. Aber ich weigere mich zu akzeptieren, dass der Innenminister den Innenausschuss des Landtags regelmäßig erst unterrichtet, wenn sowieso schon alles in der Zeitung steht, und dass er das berechtigte Informationsinteresse der Parlamentarier bestenfalls als lästig empfindet.“ Eine offensive Kommunikationsstrategie sei aber erforderlich, um zu verhindern, dass die hessische Polizei als Ganzes unter Generalverdacht gerate, so Faeser. Die weit überwiegende Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leiste hervorragende Arbeit. Der gute Ruf dieser Mehrheit dürfe nicht von einigen offensichtlich Rechtsextremen beschädigt werden, die im Polizeidienst nichts zu suchen hätten. ■



FOTO: FOTOLIA.COM – HEIKO BARTH

STÄRKUNG DER JUSTIZ

Eine Stärkung der Justiz sieht der rechtspolitische Sprecher, Gerald Kummer, im Beschluss von Bundesregierung und Bundesländern über den „Pakt für den Rechtsstaat“. Die lang ersehnte Einigung sei richtig und notwendig. Kummer dankte ausdrücklich Justizministerin Katarina Barley für ihren Einsatz. „Wir hoffen sehr, dass die langjährige desaströse Personalpolitik in der hessischen Justiz, die auch durch die kleineren Korrekturen der letzten Jahre nicht wieder aufgefangen werden konnte, nun endlich ein Ende hat. Es müssen zeitnah Vereinbarungen geschlossen werden, damit Hessen neue Stellen schaffen kann. Hessen gilt mit seinen überdurchschnittlich langen Verfahren als Sorgenkind unter den Bundesländern. Die schwarzgrüne Landesregierung muss nun ihre Chance nutzen und die bundespolitische Unterstützung in Anspruch nehmen, um die selbstverschuldete, langjährige, verfehlte Personalpolitik endlich zu korrigieren“, forderte Kummer. ■



Gerald Kummer, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION



EUROPA VOR VERÄNDERUNGEN

Mit großen Schritten nähert sich der Tag, an dem Großbritannien die Europäische Union aller Voraussicht nach verlassen wird. Die europapolitische Sprecherin, Sabine Waschke, sprach im Hinblick auf den 29. März dieses Jahres von einem Datum, an dem Europa ohne Großbritannien ein anderes Europa sein werde. „Europa steht zwar auch für wirtschaftlichen Wohlstand, aber wir sind in erster Linie eine Wertegemeinschaft. Das fängt bei einheitlichen Menschenrechten an und endet nicht zuletzt dabei, dass wir als Europäer globale Probleme gemeinsam angehen und lösen wollen“, befürchtete Waschke, die deutliche Kritik an die Populisten richtete, die den Brexit erst ermöglicht hätten. „Diejenigen, die nun ein Ausstieg Deutschlands aus der EU fordern muss klar sein, dass sie gleichzeitig ein garantiertes Programm zur Massenarbeitslosigkeit fordern“, so Waschke. Nun gelte es die richtigen Lehren aus dem Brexit zu ziehen. ■

MACHTERHALT VOR ZUKUNFTSPOLITIK

Der Hessische Landtag hat in seiner letzten Sitzungswoche ausführlich über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) diskutiert. Der Überschrift der Regierungserklärung – „Aufbruch im Wandel“ – ist Bouffier aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel nicht gerecht geworden. „Machterhalt anstelle von Reformpolitik, dafür stand diese Rede“, sagte Schäfer-Gümbel in der Plenardebatte zu Beginn seiner Rede. Gewöhnlich erwarte man vom Ministerpräsidenten am Anfang der Wahlperiode einen Aufriss der wichtigsten politischen Vorhaben. Abgeliefert habe Volker Bouffier ein „Paradebeispiel fehlender Inspiration.“ „Ein politischer Neuanfang für Hessen sieht anders aus. Für einen Aufbruch braucht es erstens ein Ziel, zweitens eine Idee, wie man dahin kommt, und drittens den Mut, einen neuen Weg zu gehen. Nichts davon hat Herr Bouffier skizziert“, sagte Schäfer-Gümbel. Auf die entscheidenden Fragen nämlich das Gelingen der Mobilitätswende, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Zukunft der Finanz- und Automobilindustrie und die bestmögliche Ausstattung von Schulen, habe der

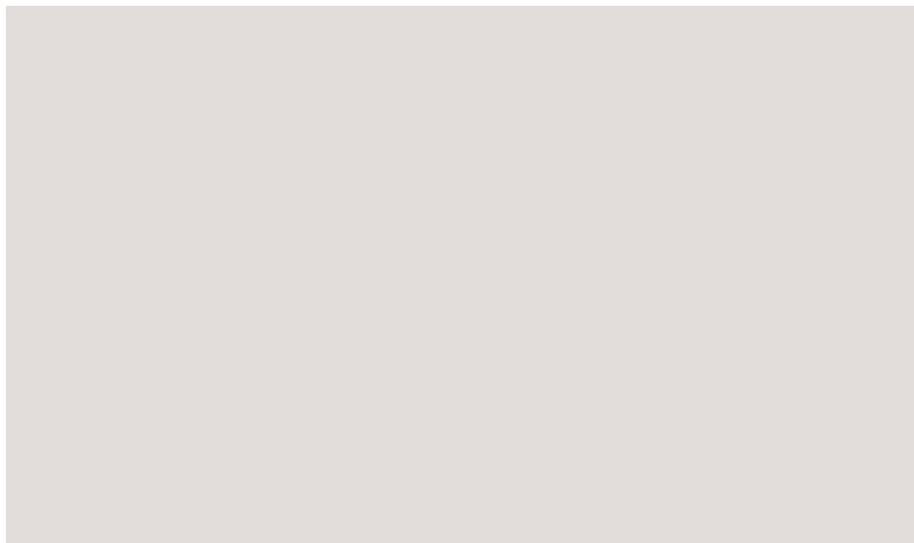


FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

BU
BU

Ministerpräsident keine Antworten gegeben. Die Aufgaben für die Kommunen seien beispielsweise unter Schwarz-Grün mehr und mehr gestiegen, die finanzielle Ausstattung von Seiten des Landes jedoch nicht. Schäfer-Gümbel forderte ein Umdenken bei der Wohnungspolitik. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gelinge insbesondere im Ballungsraum nicht mit den Instrumenten, die bereits in der Vergangenheit gescheitert seien. „Vordringlich ist, die Bodenspekulation zu

beenden sowie schnellere Verfahren und neue und moderne Förderprogramme zu etablieren.“ Der Fraktionsvorsitzende warnte vor Angst-Populismus, der nun auch im Hessischen Landtag vertreten sei. „Seine Vertreter wollen am Ende ein ganz anderes Land. Sie wollen einen autoritären Staat, der angeblich Sicherheit gibt, tatsächlich aber nur Freiheit nimmt und den freiheitlichen Rechtsstaat verachtet.“ Dem müssten sich Demokraten entschieden entgegenstellen. ■

MEHR VIELFALT

Den Inhalt des jüngsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags nannte die medienpolitische Sprecherin, Angelika Löber, eine „gelungene Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. Dies gelte insbesondere mit Blick auf neue Technologien und auf die Digitalisierung der Medien, die eine Neugestaltung erforderlich machten. Das Nutzungsverhalten habe sich in der digitalen Welt verändert. Die Bedeutung der Aufgabe des beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks wachse stetig, da die Entwicklung der Digitalisierung der Medien, einschließlich sozialer Netzwerke, Konzentration und Monopolisierung bei Anbietern und Verbreitern von Inhalten begünstige. „Ein besonders wichtiger Punkt ist die Verbesserung der barrierefreien Gestaltung der Online-Angebote und des Zugangs zu diesen. Wir begrüßen, dass Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Gestaltung der Telemedienangebote stärker zu berücksichtigen sind“, so Löber. ■



Angelika Löber, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FREILASSUNG GEFORDERT

Die Freilassung der hessischen Friedenspreisträgerin Şebnem Korur Fincanci aus türkischer Haft hat die SPD-Abgeordnete Heike Hofmann gefordert. „Şebnem Korur Fincanci steht leider beispielhaft für mehr als 100 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende, die sich in der Türkei in Untersuchungshaft befinden. Dort sind seit dem Putschversuch im Jahr 2016 Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung, es gibt konstruierte Anklagen im Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen und tausende Strafverfahren, nur aufgrund der friedlichen Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die Inhaftierung von Politikern, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Anwälten und anderer Personen darf nicht unwidersprochen bleiben. Und wir erwarten, dass auch und gerade die Hessische Landesregierung nicht schweigt, sondern sich klar und aktiv gegen die undemokratischen Zustände in der Türkei stellt“, sagte Hofmann. ■



Heike Hofmann, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

LIVESTREAM EINFÜHREN

Die Fraktionen von SPD, Freien Demokraten und Linke haben gemeinsam beantragt, einen Livestream für die Plenardebatten einzurichten und damit den Zustand von zirka 2012 wieder herstellen, als es bereits eine Übertragung der Plenardebatten im Internet gab – allerdings nur als „Testbetrieb“. Dieser wurde auf Betreiben der damals neu begründeten schwarz-grünen Koalition beendet. Der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph sagte dazu: „Zur Demokratie, zur Öffentlichkeitsarbeit eines Landtags gehört im 21. Jahrhundert auch ein Livestream. Das sollte mitteleuropäischer Standard sein. Nachdem mit der Wiederaufgabe von Schwarz-Grün immerhin ein Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung eingerichtet wurde, hoffen SPD, Freie Demokraten und Linke, dass die Regierungskoalition zu Beginn des Jahres 2019 endlich auch Kraft, Mut und Größe genug besitzt, das Neuland namens Livestream zu betreten“ ■



Günter Rudolph, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

NEUER FRAKTIONSVORSTAND



FOTO: GERT-UWE MENDE

Als Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde Thorsten Schäfer-Gümbel wiedergewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt weiterhin Günter Rudolph. Dem Fraktionsvorstand gehören als stellvertretende Vorsitzende an: Nancy Faeser, Lisa Gnadl, Dr. Daniela Sommer, Tobias Eckert, Torsten Warnecke und Marius Weiß. In seiner ersten Sitzung wählte der Hessische Landtag Heike Hofmann zur Vizepräsidentin.

§ 219A

Die stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin, Lisa Gnadl, hat den Kompromissvorschlag der SPD-Bundesministerinnen zum Paragraphen 219a positiv bewertet. Eine komplette Abschaffung des Paragraphen sei mit der CDU leider nicht umsetzbar gewesen, da diese eine Abschaffung blockiert habe. Umso wichti-



Lisa Gnadl, MdB

FOTO: PETER JÜLICH

ger sei jetzt die dringend erforderliche Änderung des Paragraphen. „Der Paragraph 219a im Strafgesetzbuch stammt aus dem Jahr 1933 und wurde eingeführt, als Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich strafbar waren. Das ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Eine Abschaffung hätten wir uns als SPD gewünscht. Mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Änderung hat die SPD nun zentrale Punkte erreicht: Zum einen, dass die betroffenen Frauen, die über einen Schwangerschaftsabbruch nachdenken und sich in einer absoluten Notsituation befinden, sich besser und unkompliziert informieren können. Zum anderen, dass die Entkriminalisierung der Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäusern, die im Internet darüber informieren,

dass sie Schwangerschaftsabbrüche unter den gesetzlichen Voraussetzungen durchführen, erfolgt“, sagte Gnadl. Die SPD-Abgeordnete machte zudem deutlich, dass sich das gesellschaftliche Klima verschärft habe und angebliche „Lebensschützer“ mit ihren Demonstrationen vor Beratungsstellen wie Pro Familia versuchen würden, betroffene Frauen einzuschüchtern. „Manche Frauen fühlen sich dadurch bedrängt oder bedroht. Wir fordern daher die Landesregierung auf, zeitnah die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um Frauen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Einrichtungen, Beratungsstellen und Ärztinnen und Ärzten zu gewährleisten. Hier muss die Landesregierung nun ihre Hausaufgaben machen“, so Gnadl. ■

GEDENKEN AN FRIEDRICH EBERT

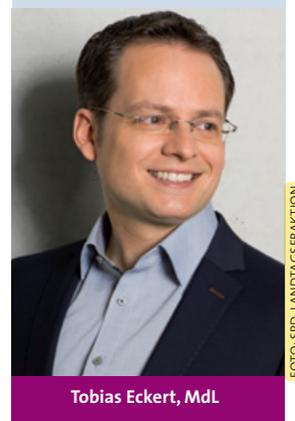
Vor fast genau 100 Jahren, am 11. Februar 1919, hatte die Nationalversammlung den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt und damit eine wichtige Phase in der Demokratiegeschichte eingeleitet. Aus diesem Anlass hatte die SPD-Fraktion Professor Dr. Walter Mühlhausen zu einer Gedenkstunde im Landtag eingeladen. Der Leiter der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte schilderte nachdrücklich, welche zentrale und verantwortungsbewusste Rolle die Sozialdemokratie bei der Gründung der Weimarer Republik übernommen hatte. ■



FOTO: GERT-UWE MENDE

MODERNER MOBILFUNK

Mit einer in den Hessischen Landtag eingebrachten Initiative fordert die SPD die Landesregierung auf, auf Bundesebene eine flächendeckende Versorgung mit modernen Mobilfunkstandards zu unterstützen. Der wirtschaftspolitische Sprecher und Experte für Digitalisierung, Tobias Eckert, sieht als besonders dinglich an, dass die Auflagen bei der Vergabe der 5G-Frequenzen an die Versorgung der Fläche statt an die Versorgung der Haushalte geknüpft werden sollten. „Wir mahnen zum wiederholten Mal an, dass die Landesregierung die digitale Spaltung von Stadt und Land nicht weiter zulassen und endlich handeln soll. Ländliche Regionen Hessens dürfen beim neuen 5G-Netz nicht abgehängt werden“, forderte Eckert. Die neue hessische Digitalministerin, Frau Sinemus, habe Vorschusslorbeeren von Seiten der SPD bekommen, jetzt gelte es auch zu handeln. ■



Tobias Eckert, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

SCHÜLERDEMOS FÜR KLIMASCHUTZ

In Gegen die Unterstellung, dass die Hauptmotivation von Schülerinnen und Schülern bei der Teilnahme an Demonstrationen während der Unterrichtszeit im Unterrichtsausfall liege, sprach sich der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen aus. Wer so etwas behauptete, der habe wenig Vertrauen in die Mündigkeit der jungen Generation. „Der Erwerb von politischer Handlungsfähigkeit steht neben politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit sowie politikbezogener Methodenkompetenz im Mittelpunkt des Lernen in der Schule und speziell im Lehrplan des hessischen Politikunterrichts. Zudem ist handlungsorientierter Unterricht in außerschulischen Lernumgebungen zu begrüßen. Folglich können Schülerdemos durchaus ein Bestandteil politischer Bildung sein, ganz gleich, ob es um den

Klimaschutz, wie bei „FridaysForFuture“ oder anderen relevanten Themen geht. Werden Schülerdemos im Unterricht unter Berücksichtigung von Pro- und Contra-Argumenten entsprechend reflektiert



FOTO: C. SUTHORN / CC-BY-SA-4.0 / COMMONS.WIKIMEDIA.ORG

Auch in Kassel demonstrieren Schülerinnen und Schüler für Klimaschutz.

und kein Druck auf Schülerinnen und Schüler ausgeübt, eine bestimmte Position einzunehmen, dann ist die Teilnahme an Schülerdemos gar gelebter Politikunterricht“, so der ehemalige Lehrer für „Politik und Wirtschaft“ Degen. Insofern sei eine Teilnahme auch während Unterrichtszeiten nicht grundsätzlich abzulehnen. „Die Schülerinnen und Schüler können so auf der Basis der eigenen Sach- und Werturteile Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation kennenlernen. Sofern keine Klassenarbeiten versäumt werden und die Nichtteilnahme an klassischen Unterrichtsstunden im Rahmen halte, muss für die Schulen Handlungsspielraum bestehen sich hier aus pädagogischen Gründen zu arrangieren“, sagte der bildungspolitische Sprecher. ■

FEHLENDE DEPONIEKAPAZITÄTEN

In Hessen wird viel gebaut und damit steigt auch die Menge des Bauschutts an. Während deutschlandweit der Anstieg von 2014 bis 2016 sechs Prozent betrug, waren es in Hessen im gleichen Zeitraum 16 Prozent. Die parallel leicht sinkende beziehungsweise stagnierende Recyclingquote ist ein Thema, mit welchem sich die Branche intensiv beschäftigen muss und in dem auch dringend Verbesserungen erfolgen müssen. Zu Problem wird die sich immer weiter verknappenden Deponiekapazitäten“, sagte die mittelstandspolitische Sprecherin Elke Barth und mahnte in diesem Zusammenhang eine Überprüfung der Planung für die Deponien an. Vielfach

müsse Erdaushub von Süd- nach Mittel- und Nordhessen verschoben werden, da im Rheinmain-Gebiet die Deponiekapazitäten seit Jahren nicht ausreichen. Diese Tatsache führe zu steigenden Kosten und



FOTO: PETAIR - WWW.FOTOLIA.COM

Umweltbelastungen durch LKW-Verkehr. Die durchschnittliche Transportentfernung bei Bauabfällen betrage inzwischen 47 Kilometer, in Spitzen sogar 150 Kilometer. Bei diesem Problem, welches die SPD seit Jahren intensiv thematisiert habe, sei die Landesregierung in der Pflicht. Da die Bautätigkeit in Südhessen weiter zunehmen werde sich die Situation durch Nichtstun auch nicht entschärfen lassen. Die jetzige Situation führe bei der Bauindustrie zu höheren Kosten und zu mehr Zeitaufwand. Auch verstärktes Recycling könne das Problem nicht lösen. Bauen werde dadurch teurer, was die schwarzgrüne Landesregierung durch ihr Nichthandeln mit zu verantworten habe. ■

AUSBLEIBENDE INVESTITIONEN

Bei der Vorlage des vorläufigen Haushaltabschlusses für das Jahr 2018 durch Finanzminister Schäfer (CDU) kritisierte der haushaltspolitische Sprecher, Marius Weiß, die ausbleibenden Investitionen. „Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert und nicht in schlechten. Minister Schäfer schafft es trotz boomender Konjunktur weder zu investieren, noch nennenswert Schulden zu tilgen. Deutlich wird dies zum einen daran, dass die schwarzgrüne Landesregierung eine viertel Milliarde weniger investiert hat, als dies ursprünglich geplant war Das ist trau-

rig und kein Grund zum Feiern, da sich hier einmal mehr zeigt, dass am Personal gespart wurde, welches dringend notwendige Investitionen umsetzen kann“, so Weiß. Die Schuldentilgung von 200 Millionen Euro sei angesichts der guten Konjunktur deutlich zu gering. In dem Tempo würde es 100 Jahre dauern, um alleine die Schulden zu tilgen, die die CDU

seit ihrer Regierungsübernahme im Jahre 1999 verursacht habe. Ein Alarmzeichen sei auch darin zu sehen, dass das Land Hessen 800 Millionen Euro weniger in den Länderfinanzausgleich gezahlt habe, als dies noch im Jahr 2017 der Fall gewesen sei und damit so wenig wie seit 7 Jahren nicht mehr. Der Finanzexperte stellte fest, dass dies auf den Verlust der Finanzkraft des Landes hindeute. „Unter diesen Voraussetzungen zusätzlich lediglich 70 Millionen Euro in die Konjunkturrücklage zu legen, ist angesichts der sich abzeichnenden Abschwächung der Konjunktur viel zu wenig“, sagte Weiß. ■



FOTO: HELMA SPONA - WWW.FOTOLIA.COM

ARBEITSKREIS- UND ARBEITSGRUPPEN-VORSITZENDE

Die Arbeitskreis- und Arbeitsgruppenvorsitzenden der Landtagsfraktion in der Übersicht (Stand: 14.02.2019)

- **Hauptausschuss**
Angelika Löber
- **Europaausschuss**
Sabine Waschke
- **Haushaltsausschuss**
Marius Weiß
- **Petitionsausschuss**
Oliver Ulloth
- **Innenausschuss**
Nancy Faeser
- **Kulturpolitischer Ausschuss**
Christoph Degen
- **Rechtspolitischer Ausschuss**
Gerald Kummer
- **Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss**
Lisa Gnadl
- **Ausschuss für Umwelt, Klima, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Gernot Grumbach
- **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**
Tobias Eckert
- **Unterausschuss Justizvollzug**
Frank-Tilo Becher
- **Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung**
Turgut Yüksel
- **Unterausschuss für Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung**
Kerstin Geis
- **AK Frauen**
Lisa Gnadl
- **Wohnungsbaupolitische Sprecherin**
Elke Barth
- **Energiepolitischer Sprecher**
Stephan Grüger
- **Kirchen- und Religionspolitischer Sprecher**
Frank-Tilo Becher

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga
Isabel Neumann
Martina Häußl-David
Willy Witthaut

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden